

Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 10/467 —

Betr.: Einführung eines Schülerbeförderungsbeitrages durch die Landesregierung

Wortlaut der Kleinen Anfrage der Abg. Dr. Ahrens, Backhauf, Köneke, Scheibe, Schmidt, Senff, Thölke (SPD) vom 2. 12. 1982

Beim Empfang des Niedersächsischen Städteverbandes am 1. 12. 1982 in Hannover haben sowohl der Vorstandsvorsitzende des Niedersächsischen Städteverbandes (Oberbürgermeister Nolting, CDU), als auch Landtagspräsident Brandes (CDU) und Innenminister Dr. Möcklinghoff (CDU) die Einführung eines „Schülerbeförderungsbeitrages“ (Elternbeitrag zu den Schülerbeförderungskosten) angesprochen und erkennen lassen, daß sie einer solchen neuerlichen Elternbelastung nicht ablehnend gegenüberstehen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie steht sie zur Einführung eines solchen „Schülerbeförderungsbeitrages“?
2. Ist die Landesregierung mit uns der Meinung, daß nach den vielen zusätzlichen Belastungen für die Familien (besonders aus den unteren Einkommensschichten durch Wegfall des BAföG, durch Mieterhöhungen, durch zusätzliche steuerliche Belastungen usw.) eine Grenze erreicht ist, welche weitere derartige Maßnahmen unzumutbar erscheinen lassen?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Kultusminister
— 01 — 01 420/5 — 10/467 —

Hannover, den 21. 2. 1983

Zu 1. und 2.

Die Wiedereinführung einer Eigenbeteiligung wäre nur aufgrund einer Änderung von § 94 NSchG möglich.

Vertreter der kommunalen Spitzenverbände haben eine solche Gesetzesänderung in der Tat in letzter Zeit nachdrücklich gefordert. Die Landesregierung ist jedoch — auch im Hinblick auf die Frage der finanziellen Belastung für die Eltern — der Ansicht, daß vor einer näheren Prüfung dieses Vorschlages durch die Landesregierung anzustreben ist, alle organisatorischen und sonstigen Möglichkeiten einer Reduzierung der Schülerbeförderungskosten im Rahmen des Zumutbaren auszuschöpfen. Eine entsprechende Erklärung hat Kultusminister Oschatz auch in dem Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden am 16. 12. 1982 abgegeben.

In Vertretung
Schaede

(Ausgegeben am 4. 3. 1983)